

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Rechnungsprüfungsausschuss

## Niederschrift

über die konstituierende öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 12.08.2014 im Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde, Kreisausschusssaal.

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Baumecker  
Herr Erich Ertl  
Herr Christian Grüneberg  
Herr Dr. Rudolf Haase  
Herr Andreas Muschinsky  
Herr Andreas Noack

### Entschuldigt fehlten:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Czesky

### Verwaltung:

Frau Wehlan	Landrätin
Frau Gurske	Erste Beigeordnete
Herr Grosenick	Amtsleiter
Herr Neumann	Amtsleiter
Frau Pütschel	Sachgebietsleiterin Kasse
Frau Strelczyk	Mitarbeiterin Geschäftsbuchhaltung
Frau Lehmann	Prüferin Rechnungsprüfungsamt
Frau Schreiber	Prüfgruppenleiterin Rechnungsprüfungsamt

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

## Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2014
- 5 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 des Landkreises Teltow-Fläming
- 6 Beschluss über den Jahresabschluss 2010 und Beschluss über die Entlastung des Landrates 4-2035/14-LR/1
- 7 Leitbild zur Kreisentwicklung 4-1996/14-IV/1
- 8 Anfragen der Abgeordneten
- 9 Mitteilungen der Verwaltung

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

##### **Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Michael Baumecker, begrüßt alle Anwesenden und bittet um kurze Vorstellung der Ausschussmitglieder und der Verwaltungsmitarbeiter. Die Abstimmung der Tagesordnung ergibt keine Einwände, so dass nach dieser Tagesordnung verfahren wird. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

#### **TOP 2**

##### **Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden**

Herr Baumecker bittet um Vorschläge für den Stellvertreter des Vorsitzenden. Er schlägt Herrn Andreas Muschinsky vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Als Stellvertreter des Vorsitzenden wird Herr Andreas Muschinsky in offener Wahl einstimmig gewählt.

#### **TOP 3**

##### **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

#### **TOP 4**

##### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2014**

Einwendungen gegen die Niederschrift über die 20. Öffentlichen/ nicht öffentlichen Sitzung liegen nicht vor. Damit ist die Niederschrift bestätigt.

## **TOP 5**

### **Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 des Landkreises Teltow-Fläming**

Frau Schreiber berichtet über die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 des Landkreises Teltow-Fläming.

Die Prüfung begann mit Übergabe des ersten Entwurfes vom 02.06.2014. Da die Bilanz nicht ausgeglichen war, wurde am 23.06.2014 ein zweiter Entwurf nachgereicht. Beide Entwürfe bildeten die Grundlage für die Prüfung, für die lediglich 4 Wochen zur Verfügung standen, um bereits am 04.07.2014 der Kämmerei ein Feststellungsprotokoll mit 63 Feststellungen zu übergeben. Laut Zeitplan musste die Kämmerei innerhalb von 10 Kalendertagen das Feststellungsprotokoll umsetzen und einen dritten Entwurf des Jahresabschlusses aufstellen. Die Übergabe des Jahresabschlusses mit allen Bestandteilen und Anlagen erfolgte am 15.07.2014. Die nochmalige Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt endete am 16.07.2014 und ergab, dass ein großer Teil der Beanstandungen im Jahresabschluss Berücksichtigung gefunden hatte. Die nicht ausgeräumten Feststellungen wurden durch die Kämmerei akzeptiert, konnte jedoch bedingt durch die kurze Zeitspanne nicht umgesetzt werden. In einigen Fällen wurden Bereinigungen im Jahresabschluss 2011 anvisiert. Da der Ausräumung in diesen Fällen Klärungen mit den entsprechenden Fachämtern vorausgehen müssen, war dies nachvollziehbar. Trotzdem muss eingeschätzt werden, dass es nicht umgesetzte Feststellungen aus dem Protokoll gibt, die u.a. einen Grund für eine eingeschränkte Entlastungsempfehlung geben.

Neben diesen Prüfungen flossen auch die Ergebnisse von 47 Vorprüfungen in die Entscheidung ein. Hier erfolgten im Rahmen des Arbeitsplanes des Rechnungsprüfungsamtes Prüfungen zur Ordnungsmäßigkeit von Verwaltungsentscheidungen und Vergaben, Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Kassenprüfungen, Prüfungen von Verwendungsnachweisen, Prüfungen von Baumaßnahmen usw. Da die geplanten Prüfungen von Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüssen in den kreisangehörigen Kommunen und dem Amt Dahme/Mark wegen fehlender Prüfungsbereitschaft nicht vorgenommen werden konnten, wurde ein erheblicher Anteil von Prüfungen in der Kreisverwaltung durchgeführt.

Diese umfangreichen Prüfungen kompensieren die relativ kurze Prüfungszeit des Jahresabschlusses 2010, so dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber getroffen werden konnte, ob die Bilanz, der Anhang und der Rechenschaftsbericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Desweiteren teilt Frau Schreiber mit, dass am 21.07.2014 ein Entwurf des Schlussberichtes der Kämmerei und der Verwaltungsleitung übergeben wurde und am 23.07.2014- ein abschließendes Gespräch dazu stattfand. Am 30.07.2014 wurde der endgültige Bericht der Verwaltungsleitung, der Kämmerei, dem Vorsitzenden des Kreistages und den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses übergeben.

Frau Wehlan bedankt sich beim Rechnungsprüfungsamt für die zügige Prüfung in dem sehr engen Zeitplan.

Frau Schreiber gibt Erläuterungen zu den wesentlichen Beanstandungen, die das Rechnungsprüfungsamt zu Einschränkungen der Bestätigungen des Jahresabschlusses 2010 veranlassten:

1. Die Dienstanweisung Rechnungswesen lag für das Jahr 2010 nicht vor.
2. Regelungen zum internen Kontrollsystem fehlten.
3. Ein zentrales Vertrags- und Prozessregister war nicht vorhanden

4. Es bestanden Probleme bei der Tag aktuellen sachlichen Buchung der Ein- und Auszahlungen
5. Beanstandungen des Feststellungsprotokolls wurden nicht ausgeräumt:
  - a. fehlerhafte Verbuchung der MBS-Ausschüttungen (197.200,00 €)
  - b. nicht werthaltige Forderungen und Verbindlichkeiten aus Zuwendungsbescheiden zum Radwegebau (170.000,00 €)
  - c. Klärung der Abweichungen zwischen Forderungskonten und der Offenen-Posten-Liste erfolgte noch nicht

Frau Schreiber sagt, dass die Feststellungen 1-4 bereits Einschränkungsgründe beim Jahresabschluss 2009 darstellten.

Frau Wehlan informiert darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung zur Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes vorliegt. Sie führt aus, dass sofort mit ihrem Amtsantritt im Herbst 2013 Schritte zur Umsetzung der Feststellungen angeordnet wurden, jedoch die Versäumnisse der letzten Jahre nicht innerhalb weniger Monate aufzuholen sind. Eine Dienstanweisung zur Erledigung der Buchführung wurde durch eine Arbeitsgruppe entworfen und nach Abschluss eines umfangreichen Mitwirkungsverfahrens hinsichtlich Personalvertretungsrechten und Datenschutz im Juli 2014 in Kraft trat.

Zu den Regelungen des internen Kontrollsystems wurde der Entwurf einer Dienstanweisung im Juli 2014 dem Rechnungsprüfungsamt zur Beratung übergeben.

Frau Gurske teilt mit, dass, für die Erarbeitung eines zentralen Vertrags- und Prozessregisters Festlegungen zu Verantwortlichkeiten getroffen wurden. In einzelnen Fachämtern gibt es bereits Verzeichnisse, die vereinheitlicht und zusammengeführt werden müssen. Eine Dienstanweisung dazu wird erarbeitet.

Sie erläuterte, dass die Probleme der nicht sachgerechten Buchungen von Einzahlungen und Auszahlungen in der angespannten Personalsituation der Kämmerei liegen, aber auch im Belegfluss der Ämter begründet sind. Die Fachämter sind angehalten, den Belegfluss zu verkürzen.

Des Weiteren teilt Frau Gurske mit, dass die nicht umgesetzten Beanstandungen des Feststellungsprotokolls im Jahresabschluss 2011 Beachtung finden werden. Um 17:50 Uhr verabschiedet sich Frau Gurske.

Herr Baumecker bittet die Ausschussmitglieder um Fragen.

Herr Dr. Haase fragt an, ob mit den Beanstandungen 2011 wieder zu rechnen sein wird, wann der nächste Jahresabschluss vorgelegt wird und wie die Zielstellung ist, bis wieder ein normaler Modus erreicht wird?

Frau Wehlan informiert, dass die Erstellung des Abschlusses für 2011 noch bis Ende 2014 erfolgen soll. Damit werden die Auflagen des Ministeriums des Innern erfüllt. Die Sachverhalte sind abzarbeiten. Zuvor muss jedoch der Jahresabschluss 2010 am 01.09.2014 beschlossen werden. Im Jahr 2015 sollen die Abschlüsse für 2012 und 2013 erstellt werden.

Für das Haushaltsjahr 2011 lag die Dienstanweisung Rechnungswesen noch nicht vor, da Grundlagen für die Veränderung durch die Verwaltungsleitung erst 2013 vorgenommen wurden. Die Maßnahmen zur Erstellung der Vertragsregister werden jetzt in den Ämtern begonnen und das zentrale Prozessregister wird in dem noch zu bildenden Rechtsamt geführt werden.

Herr Ertl meldet sich zu Wort. Er möchte wissen, ob es wegen der fehlenden Register noch Forderungen bzw. Verbindlichkeiten geben könnte, die in der Bilanz nicht dargestellt werden und ob es strafrechtliche Konsequenzen haben wird.

Frau Wehlan teilt mit, dass auf Grund des Fehlens zentraler Register ein Risiko besteht, dass nicht alles in der Bilanz erfasst ist, dieses Risiko jedoch nicht bezifferbar ist, somit strafrechtlich keine Möglichkeiten bestehen gegen diese Mängel des Verwaltungshandelns vorzugehen. Ziel muss es sein, die zukünftige Verwaltungsarbeit zu qualifizieren.

Herr Muschinsky ist der Meinung, dass es sich bei den Beanstandungen des Rechnungsprüfungsamtes um handwerkliche Mängel der Verwaltungsarbeit handelt. Aus seiner Erfahrung und der Diskussion mit Referenten weiß er, dass alle doppischen Haushalts-, Kassen- und Rechnungslegungsprogramme kleine technische Mängel aufweisen, die erst in der Anwendung aufgedeckt und allmählich abgestellt werden können. Er spricht der Verwaltung für die Erstellung des Jahresabschlusses und dem Rechnungsprüfungsamt für die Prüfung Lob und Dank aus.

Herr Muschinsky fragt nach, um was für Rückstellungen für sonstige Verpflichtungen (Widersprüche) es sich handelt, für die 2010 Zuführungen in Höhe von 833 T€ gemacht wurden.

Frau Schreiber informiert, dass der Landkreis aufgrund anhängiger Klagen von Gemeinden betreff Personalkostenzuschüsse für Kita Rückstellungen für drohende Verpflichtungen bereits in der Eröffnungsbilanz gebildet hatte. Alle weiteren in dieser Sache vorliegenden Widersprüche wurden im Einvernehmen mit den Gemeinden ruhend gestellt bis zum Gerichtsurteil. Mit dem Gerichtsurteil im September 2010 und dem Unterliegen des Landkreises im Musterklageverfahren wurden für die sich auf Grund der Widersprüche ergebenden Nachzahlungen an die Gemeinden Rückstellungen für die entsprechenden Jahre u.a. 2010 gebildet.

Herr Baumecker bedankt sich auch beim Rechnungsprüfungsamt für den Bericht mit den Hinweisen und Anregungen. Er fragt an, wann die Tatsachen und Probleme von den Punkten 2 und 3 des Berichtes ausgeräumt werden können. Mit der Dienstanweisung „Rechnungswesen“ wurde der Punkt 1 der Gründe für eine eingeschränkte Entlastungsempfehlung im Juli 2014 abgearbeitet.

Herr Noack spricht ebenfalls für die gute Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes seinen Dank aus. Dem ersten Teil des Beschlussvorschlages – Beschluss zum geprüften Jahresabschluss - wird er zustimmen, aber einer Entlastung des Landrates nicht.

Herr Dr. Haase äußert dazu, dass eine eingeschränkte Entlastung aufgrund der im Prüfbericht (Seite 28) des Rechnungsprüfungsamtes niedergeschriebenen Entlastungsempfehlung möglich ist.

Herr Noack reicht eine eingeschränkte Entlastung nicht aus. Er teilt dazu mit, dass bei den Kommunen so ein Bericht nicht zur Entlastung führen würde.

Frau Wehlan informiert, dass der Bericht vom Rechnungsprüfungsamt vorliegt, das Rechnungsprüfungsamt ein unabhängiges Amt ist und dass von der Verwaltungsleitung die erforderlichen Stellungnahmen erarbeitet wurden.

Frau Schreiber äußert sich dazu. Es haben alle an der Prüfung beteiligten Mitarbeiterinnen des Rechnungsprüfungsamtes, dazu Stellungnahmen abgegeben. Beanstandungen, die strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen, lagen nicht vor. Es wurden buchungstechnische Fehler festgestellt, die die Bilanz sowie die Ergebnisrechnung nicht verfälschen.

Ein Beispiel sind die in der Ergebnisrechnung 2010 nicht gebuchten Erträge aus der Ausschüttung der MBS in Höhe von 197.200 €. Das ist ein erheblicher Betrag – doch er ist im Verhältnis zu den gesamten Erträgen des ordentlichen Ergebnisses von ca. 180 Mio € eher unbedeutend.

Versagungsgründe werden daher nicht vom Rechnungsprüfungsamt gesehen. Frau Schreiber führt weiter aus, dass im Vergleich zu den Regelungen des Handelsgesetzbuches für die Unternehmen die gesetzlichen Bestimmungen zum kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechenlegungswesen (Doppik) noch recht neu und die Auslegungen nicht immer eindeutig sind. Das zeigen auch die Diskussionen bei den Zusammenkünften der Rechnungsprüfungsämter des Landes Brandenburg, an der die Amtsleiterin teilnimmt. Während unser Landkreis eine Vorreiterposition bei der Darstellung der Forderungen gegenüber Hilfeempfängern und Sozialleistungsträgern in der Bilanz hat, aktivieren andere Landkreise diese Positionen nicht in der Bilanz und die betreffenden Rechnungsprüfungsämter sehen keine Versagungsgründe, obwohl es sich um erhebliche Beträge handelt – beim Landkreis Teltow-Fläming sind es 2,5 Mio €. Laut Bewertungsgrundsätze sind diese Forderungen darzustellen, obwohl die Kreiskasse keine Möglichkeiten zur Beitreibung hat, denn die Verantwortung dafür liegt beim Jobcenter.

Herr Baumecker informiert, dass mit der Entlastungsempfehlung des Rechnungsprüfungsamtes der Verwaltung in großen Teilen ein ordnungsgemäßes Handeln bescheinigt wird und in den zukünftigen Abschlüssen diese Probleme nicht mehr auftreten werden.

## **TOP 6**

### **Beschluss über den Jahresabschluss 2010 und Beschluss über die Entlastung des Landrates ( 4-2035/14-LR/1 )**

Es wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Der Rechnungsprüfungsausschuss schließt sich den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes an.

Dem Kreistag wird empfohlen, die eingeschränkte Bestätigung des Jahresabschlusses 2010 sowie die eingeschränkte Entlastung des Landrates zu beschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

## **TOP 7**

### **Leitbild zur Kreisentwicklung ( 4-1996/14-IV/1 )**

Frau Wehlan berichtet über den Stand zur Erarbeitung eines Leitbildes für den Landkreis. Mit dem Leitbild sind strategische Ziele für die kurz- und mittelfristige Entwicklung des Landkreises festzuschreiben. Das bildet eine wichtige Grundlage für die Festlegung von Kennziffern und für eine fundierte Haushaltsplanung. Damit erfüllt der Landkreis eine Auflage des Ministeriums des Innern. Ziel 1 ist zum Beispiel „Leben und Gemeinschaft“, darunter

zählt der Umgang mit unseren Partnerschaften wie zum Beispiel Berlin-Tempelhof, Paderborn und Gniezno, dies sind haushaltsrelevante Sachen.

Herr Neumann merkt an, dass auf Grund der angeregten Diskussion in den Fachämtern und Ausschüssen Anregungen aufgegriffen und bereits Anpassungen vorgenommen wurden.

Frau Wehlan erläutert, dass das Leitbild nach weiterer Diskussion im Kreisausschuss am 25.08.2014 und erneuter Überarbeitung Ende August allen Abgeordneten zugestellt wird und in der Sitzung des Kreistages am 01.09.2014 behandelt werden wird.

## **TOP 8**

### **Anfragen der Abgeordneten**

Es gibt keine Anfragen von den Abgeordneten.

## **TOP 9**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Wehlan sagt, dass die wichtigsten Themen angesprochen wurden. Sie informiert über den Stand der personellen Veränderungen betreffs Leiter in der Kämmerei und im Rechtsamt.

Frau Schreiber übergibt den Ausschussmitgliedern den Arbeitsplan des Rechnungsprüfungsamtes für das Jahr 2014. Herr Czesky wird diesen mit der Post erhalten. Als Terminvorschläge für die nächsten Sitzungen werden unterbreitet:

23.09.2014 und  
18.11.2014.

Des Weiteren wird um die Mitteilung der E-Mail-Adressen von den Ausschussmitgliedern gebeten.

Frau Wehlan fragt nach der Stellungnahme vom Rechnungsprüfungsausschuss für den Kreistag am 01.09.2014.

Herr Baumecker teilt mit, dass eine Stellungnahme im Kreistag in Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern in mündlicher Form erfolgen wird und beendet die Ausschusssitzung.

Luckenwalde, 24.09.2014

Michael Baumecker  
Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Walther  
Protokollantin